



Israel Kontrovers Nr. 7

08.März 2011

Frieden vs. Demokratie? Israels Reaktion auf den Sturz des Mubarak-Regimes

In Deutschland und Europa wurden und werden die Umbrüche in Ägypten und der arabischen Welt mit einer Mischung aus Sympathie, Erstaunen und Sorge aufgenommen. US-Präsident Obama unterstützte die ägyptische Demokratiebewegung von Anfang an ganz offen. In Israel löste der Sturz des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak am 11. Februar einen Schock und größte Besorgnis aus. Weder die Außenpolitik noch die Sicherheitsdienste des Landes waren auf dieses Ereignis vorbereitet. Für Israel war Mubarak der Garant des 1979 geschlossenen Friedens mit Ägypten. In einer dem Land ansonsten feindlich gesinnten Region, war dieser "kalte" Frieden – genau wie der 1994 geschlossene Frieden mit Jordanien - von höchstem strategischem Wert. Mubarak war ein Verbündeter Israels gegen den Islamismus und gegen den Iran. Mubarak spielte eine herausragende Rolle als Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern. Mit keinem anderen Staatschef - außer vielleicht mit Barak Obama - ist Israels Premier Netanyahu in seiner Amtszeit so oft zusammengetroffen wie mit Hosni Mubarak.

Sympathiebekundungen für die Demokratiebewegung im Nachbarland waren deshalb von Netanyahu und der israelischen Regierung nicht zu erwarten. Er nannte Mubarak einen Freund, der von seinen westlichen Verbündeten im Stich gelassen wurde. Weiterhin machte er in seinen Erklärungen deutlich, dass der Sturz Mubaraks zu Instabilität führen würde und eine große Gefahr für Frieden und Sicherheit in der Region sei, da dadurch der Iran und islamistische Bewegungen gestärkt würden. In Ägypten würden freie Wahlen und Demokratie dazu führen, dass die Muslimbruderschaft in Kairo die Macht übernehme und das Nachbarland zu einem "zweiten Iran" würde. Netanyahu spielt damit auf zwei für sein Land traumatische Erfahrungen an. Bis zur Revolution im Jahr 1979 war der Iran der wichtigste Verbündete Israels in der Region. Auf den Schah folgte ein islamistisches Regime, das heute nach Nukleartechnologie strebt und Israel offen bedroht. Das zweite "Demokratie-Trauma" in Bezug auf seine Nachbarn war für Israel die Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen, die erst durch die 2006 auf Druck der USA durchgeführten freien Wahlen möglich geworden wäre.

Die Meinung der Mehrheit der politischen Klasse wie auch der Bevölkerung Israels zu den Veränderungen in Ägypten lässt sich in den zwei folgenden politischen Gleichungen zusammenfassen: *Mubarak=Stabilität=Frieden* und *Demokratie=islamistische Machtergreifung=Bedrohung Israels*. Stimmen, die der Demokratiebewegung im Nachbarland und der arabischen Welt positiv gegenüberstehen und darin eine Gelegenheit für Israel sehen, langfristig Frieden mit seinen arabischen Nachbarn zu schließen, sind selten.

Einer der wenigen israelischen Politiker, der die arabischen Demokratiebewegungen begrüßte und sie als "Chancen für Frieden" bezeichnete, ist Staatspräsident Shimon Peres. Vor dem spanischen Parlament sagte er: "Wir glauben, dass die Existenz demokratischer Nachbarn die beste Garantie für Frieden ist. Wir freuen uns, diese demokratische Revolution in der arabischen Welt mitzuerleben. Jetzt ist der Zeitpunkt, um die Gespräche mit den Palästinensern wieder aufzunehmen." Zugleich forderte er den Westen auf, sich für die Verbreitung moderner Informationstechnologien (Facebook, Google, Twitter u.a.) einzusetzen, da so Reformen in der arabischen Welt unterstützt würden.

Einen bemerkenswerten Diskussionsbeitrag lieferte Efraim Halevi, von 1998-2002 Chef des Mossad und heute Direktor des Zentrums für Strategische und Politische Studien der Hebräischen Universität Jerusalem mit seinem Artikel "Country Strong", der in The New Republic erschien. Er kritisiert darin, dass die Ereignisse in Ägypten in Israel viel zu sehr von einer Position der Angst betrachtet würden. Israel habe dazu keinen Grund, da das Land sich in einer guten strategischen Position befände, auch gegenüber dem Iran. Ein wichtiges Element dieser Stärke sei die Tatsache, dass die beiden größten Armeen der Region, die israelische und die ägyptische, von den USA ausgerüstet seien. Zwischen diesen Armeen würde es keinen Krieg geben. Mit der Erklärung unmittelbar nach dem Sturz Mubaraks, dass der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten auch in der Zeit nach Mubarak seine Gültigkeit behält, habe das ägyptische Militär diese Position deutlich gemacht. Er sprach sich gerade angesichts der Veränderungen in Ägypten für die Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit den Palästinensern aus und hält es für möglich, dass, auch wenn nicht alle Endstatusfragen geklärt würden, noch 2011 ein palästinensischer Staat entstehen könnte.

Israel muss sich die Frage beantworten, mit welcher Politik es auf die Umwälzungen in seiner Nachbarschaft reagieren will: Mit dem Festklammern am Status quo, also an einer untergehenden Ordnung oder mit eigenen Initiativen – besonders im israelisch-palästinensischen Friedensprozess - aktiv an der Neugestaltung des Nahen Ostens mitzuwirken? Damit verbunden ist die für Israel grundlegende Frage, was für eine Art von Frieden langfristig seine Existenz und Sicherheit in der Region besser gewährleistet: Frieden mit Autokraten und deren korrupten Regimes oder Frieden mit demokratisch legitimierten Regierungen?

Die Debatte um die Beantwortung dieser Fragen wird seit dem Beginn des Volksaufstands in Ägypten in Israel mit größter Intensität geführt. Nachfolgend stellen wir die Positionen von zwei prominenten Akteuren dieser Debatte vor, die das Spektrum der vertretenen Positionen und Meinungen aufzeigen.

Prof. Hillel Frisch vom Begin-Sadat-Zentrum für Strategische Studien (BESA) an der Bar-Ilan Universität geht mit Verweis auf die Revolutionen in Frankreich 1789, Russland 1917 und dem Iran 1979 davon aus, dass die Umwälzungen in Ägypten mit der Machtübernahme der Muslimbruderschaft enden wird. Wie bereits die Hisbollah im Libanon und die Hamas in Gaza werde der Iran versuchen, die ägyptischen Muslimbrüder zu seinen Verbündeten zu machen. Dies könnte zu einem Bürgerkrieg führen. Weiterhin würden die Veränderungen in Ägypten dazu führen, dass das Land seine führende politische Rolle in der Region an den Iran und die Türkei verlieren werde. Den USA rät er, das ägyptische Militär massiv zu unterstützen, da nur so ein kontrollierter Übergang zur Demokratie möglich sei. Die EU solle liberale politische Kräfte fördern. Für Israel ergäbe sich eine völlig neue strategische Situation, da mit Sicherheit der israelisch-ägyptische Friedensvertrag revidiert würde und im Süden eine neue Front entstünde. Eine islamistische Regierung in Ägypten werde als nächstes zum Fall von König Abdallah II. von Jordanien führen sowie insgesamt zu mehr Instabilität in der Region.

Prof. Yoram Meital, Direktor des Chaim-Herzog-Zentrums für Nahoststudien und Diplomatie an der Ben Gurion Universität des Negev meint, dass Israel sich in der Bewertung der Veränderungen in Ägypten nicht

von Angst und Bedrohungsszenarien leiten lassen sollte. Im Abwägen zwischen den Möglichkeiten (pluralistisches System) und Gefahren (militärisches oder theokratisches System) ist er vorsichtig optimistisch. Trotz enormer Herausforderungen sieht er Ägypten nach dem Sturz Mubaraks "an einem guten Startplatz" auf dem Weg von einem autoritären zu einem demokratischen System. Er weist aber zugleich auf die damit verbundenen Unwägbarkeiten für Israel hin und schließt keinesfalls aus, dass sich die bilateralen Beziehungen in bestimmten Bereichen verschlechtern könnten. Er geht davon aus, dass Ägypten seine strategische Partnerschaft mit den USA fortsetzt und den Friedensvertrag mit Israel, auch wenn es daran starke Kritik geben werde, einhält. Er sieht die Muslimbruderschaft zukünftig zwar als wichtige politische Kraft, jedoch sei diese nicht mehr die einzige Alternative zum korrupten Regime. Ihn stünden die Vertreter der jungen Generation gegenüber, die über 50% der Bevölkerung ausmachten und für einen zivilen und demokratischen Staat einträten.

Dr. Ralf Hexel, Leiter des FES-Büros in Israel
Herzliya, 08. März 2011

Einschätzung der Auswirkungen der ägyptischen Krise

von Prof. Hillel Frisch

Ägyptens politische Krise, die mit weit verbreiteten Unruhen und der ungewöhnlichen Ablösung einer politischen Führungsfigur infolge dieser Massenunruhen begann, wird wahrscheinlich von so großer oder noch weitreichenderer Wirkung sein wie etwa die Errichtung des Staates Israel 1948, der ägyptische Militärputsch 1952, der ägyptisch-israelische Friedensvertrag oder „der Abfall Irans vom Westen“ 1979. Seinerzeit wurde die Wirkung der islamistischen Machtergreifung in Iran durch das ägyptisch-israelische Friedensabkommen gedämpft, doch in der gegenwärtigen Krise sieht es nicht so aus, als ob der einzige mögliche Abschwächungsfaktor, nämlich eine parallele revolutionäre Aufstandsbewegung im Iran, Formen annehmen würde. Obwohl wir erst am Anfang der Übergangskrise stehen – revolutionäre Situationen bringen oft noch nach langen Zeitabständen Bürgerkrieg oder ausländische Interventionen – ist ein Versuch möglich, potenzielle Auswirkungen auf Ägyptens Zukunft abzuschätzen wie auch auf seine regionalen Aufgaben, die Rolle und Position der USA mit ihren regionalen wie internationalen Bündnispartnern und den Auswirkungen auf Israels Beziehungen zu seiner Umgebung. Das ist das Thema der folgenden Analyse.

Islamisches oder demokratisches Ägypten?

Laut pochten die Herzen fast aller Bürger demokratischer Staaten während der friedlichen Proteste in Ägypten für die Protestierenden. Viele dieser Demonstranten äußerten nicht nur aufrichtiges und bewegtes Verlangen nach demokratischen Veränderungen mit der Ausweitung menschlicher Freiheiten und Bürgerrechte, sondern sie betonten dabei auch ihren Wunsch, dies auf friedliche Weise zu erreichen. Obwohl unser Herz mit den Demonstranten schlägt, darf ihm unser Verstand, leider, nicht folgen. Vernunft kommt vor unseren Sympathien für die Demokratie suchenden Demonstranten, gerade wegen der Interessen der meisten demokratischen Staaten, wenn nicht sogar aller.

Dass Vernunft und Gefühle in vielen revolutionären Situationen miteinander in Konflikt geraten, hat mit der einfachen Tatsache zu tun, dass freiheitliche und demokratische Demonstranten immer wieder zur Beute gut organisierter und gewaltbereiter, fanatischer Gruppierungen werden und somit in Regimen enden, in denen alle Rechte in noch weit größerem Ausmaß mit Füßen getreten werden als unter den gestürzten Vorgängerregimen. So geschehen im revolutionären Frankreich mit der Vernichtung von Royalisten und Liberalen durch Robespierre, in der russischen Revolution, als die fanatische Minderheit der Bolschewiken eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und Liberalen niederrang und im, für Ägypten wohl maßgeblichsten, Beispiel der iranischen Revolution. Dort endeten Demonstrationen, angeführt von Studenten der westlich orientierten, säkularen und bürgerlichen Schichten, mit dem Regime Chomeinis, den Fanatikern unter den Mullahs, und den Revolutionären Garden.

Ägypten läuft Gefahr, ein weiterer bedauernswerter Fall aus unorganisierten, friedlichen Demokraten, Konservativen und Liberalen zu werden, die von der besser organisierten, fanatischen Muslimbruderschaft verschlungen werden. Die Wahlen 2005, nicht ganz frei, aber ziemlich zuverlässig, drängen die Erwartung eines solchen Ergebnisses geradezu auf. Die als Unabhängige angetretenen Kandidaten der Muslimbruderschaft sicherten sich 88 Sitze. Die anderen vier Oppositionsparteien, von denen nur zwei als wirklich demokratisch zu bewerten sind, kamen auf 7 Sitze, weniger als zehn Prozent des Anteils der Muslimbruderschaft. Selbst wenn die Muslimbruderschaft wirklich nicht so stark und populär sein sollte, wie ein vor Kurzem in der New York Times erschienener Artikel es beschrieb, ist das eigentliche Thema nicht die absolute Macht während des Auflösungsprozesses der zentralen Macht, sondern vielmehr das relative Machtverhältnis zwischen Islamisten und freiheitlich orientierten, aber unorganisierten Demonstranten. Schon wegen der chronischen Schwäche der ägyptischen Oppositionsparteien, die zum Teil nach über drei Jahrzehnten überaltert sind, bilden diese keinen ebenbürtigen Gegenpart.

Eine Machtübernahme der Muslimbruderschaft könnte aus zwei weiteren Gründen friedlich und demokratisch vonstatten gehen. Eine gerade mit neuen Freiheiten ausgestattete Öffentlichkeit erstrotzt sich geradezu in einem Überangebot politischer Parteien. Zu den ersten drei polnischen Wahlen traten 75 (!) Parteien zum Urnengang an, in Ungarn waren es 50. In der Annahme, dass die Muslimbruderschaft 20% der Sitze erhält, würde sie damit dennoch eine entscheidende Einflussstellung erreichen. Die verbliebenen 80 Prozent würden sich in Dutzende anderer Parteien aufsplintern. Wie frei wird dann Ägypten durch freie Wahlen?

In Wirklichkeit kann die Muslimbruderschaft es auf mehr als 20% schaffen. Der ägyptische Wähler, ermüdet von den im Wahlkampf zu erwartenden schwankenden Verhältnissen, wird sich in der Hoffnung auf mehr politische Stabilität für das Programm der Muslimbrüder entscheiden. Das Übermaß an nichtislamischen Kleinstparteien wird dies nicht leisten können. So war es in den Wahlen 2006 zum Palästinensischen Legislativrat, als die palästinensischen Wähler für die vereint auftretende Hamas stimmten und nicht für die chaotisch aufgesplitterte Fatah. Vier Jahre später, unter veränderten Voraussetzungen, verweigerte Hamas die Abhaltung von Wahlen, da sich bestätigt hatte, dass die palästinensische Wählerschaft sich keineswegs aus knall-harten Fundamentalisten zusammensetzte.

Eine kluge Strategie, die (nach iranischem Vorbild) von der Muslimbruderschaft angewendet wird, verbessert diese guten Aussichten noch. Die Organisation fasste den äußerst klugen Beschluss, an den Übergangsregierungen vor den Wahlen nicht teilzunehmen. In revolutionären Zeiten kommt es zu hohen Erwartungen und schlechten wirtschaftlichen und verwaltungs-politischen Errungenschaften. Regierungen können an dieser wachsenden Kluft zwischen Erwartung und Wirklichkeit nur scheitern, da sie ja auch noch mit der Militärführung Kopf an Kopf um Schnelligkeit und Tiefe der Reformen zu ringen haben.

Technokraten und Oppositionsführer wie Baradai oder Aufsteiger wie Wa'el Rhanem von jüngerer

Google-Berühmtheit, die sich in eine Regierung kooptieren lassen könnten, würden angesichts von Protestdemonstrationen gegen Regierung und Militär ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Eine andere Bewegung hingegen kann anschließend mit makellosem Image zu den Wahlen antreten – die Muslimbruderschaft.

Aber das Schwinden der demokratischen Opposition wird nicht die einzige Auswirkung einer möglichen Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft in Ägypten bleiben. Revolutionen enden in bedeutenden Staaten meist mit Bürgerkrieg, Krieg mit Nachbarn oder Interventionen von außen. Schreckliches Blutvergießen folgte den Revolutionen in Frankreich, Russland und Iran. Auch Ägypten hat hier alle Aussichten auf Krieg, von innen wie von außen.

Die Aussichten auf einen sich lange hinziehenden Bürgerkrieg sind hoch, denn dem ägyptischen Militär steht klar das Schicksal des mächtigen iranischen Militärapparats unter den Islamisten vor Augen. Hochrangige Offiziere wurden ermordet, das Ansehen der Armee sank und sie wurde in großen Teilen durch die Revolutionsgarden ersetzt. Ganz zu schweigen vom professionellen Frust der von den USA ausgebildeten und ausgerüsteten Berufssoldaten. Offiziere, die Säuberungen und Hinrichtungen überlebten, zahlten später mit dem Leben für die Ansprüche des Regimes auf den Schlachtfeldern des irakisch-iranischen Krieges, auf denen sie demoralisiert, schlecht ausgerüstet und mit schlecht ausgebildeten Soldaten antreten mussten. Es ist anzunehmen, dass das ägyptische Militär sich nicht kampflös einem ähnlichen Schicksal ausgeliefert sehen möchte.

Ägyptens regionale Rolle: Treten die Araber von der Geschichte ab?

Sogar in sanftesten Übergangsphasen verliert ein Staat, der revolutionären Veränderungen ausgesetzt ist, regional und international langfristig an Status. So war es in Frankreich im ersten Jahrzehnt nach der Revolution, in der Sowjetunion und in der Revolutionären Republik Iran. Die Gründe dazu sind offensichtlich. Machtausstrah-

lung nach Außen erfordert für gewöhnlich ein vereintes Staatswesen, dessen Binnenressourcen für die Absicherung seiner regionalen und internationalen Interessen verwendet werden können.

Ausgehend von diesen Parallelen, zeichnet sich im Falle Ägyptens ein noch weit härterer Verlust an Status ab, da die Krise einen bereits bestehenden ägyptischen Niedergang zugunsten anderer regionaler Rivalen noch einmal vertieft, nämlich dem revolutionären Iran und der Türkei. Ironischerweise ermöglichen die Probleme Ägyptens, dem bei weitem größten arabischen Staat (mit einer Bevölkerung doppelt so groß wie die aller anderen) mit seiner strategisch zentralen Lage, dem Iran und der Türkei einen Wiederaufstieg, der auf Kosten Ägyptens und der arabischen Welt überhaupt geht. Es gewinnen die Nachkommen von Vorfahren, die lange Jahrhunderte die arabische Welt beherrschten.

An den Reaktionen von Spitzenpolitikern im Iran und der Türkei auf die Vorgänge in Ägypten lässt sich deutlich ablesen, wie stark dort der historische Wendepunkt wahrgenommen wird mit allen Möglichkeiten, die sich durch einen Niedergang Ägyptens eröffnen. Irans Regierung, die noch im vergangenen Jahr und im eigenen Land Demonstrationen brutal unterdrückte, beeilte sich, den ägyptischen Demonstranten herzliche Unterstützung entgegen zu bringen und damit auch einem Aufstieg des Islam, der den iranischen Vorstellungen zufolge das Endergebnis der Demonstrationen sein wird.

Hisbollah-Führer Nasrallah, Irans Vorposten in Libanon, dessen Kräfte noch im Mai 2008 die Sympathisanten der amtierenden demokratischen Regierung angriffen und die libanesische Regierung unter Gewaltandrohung zwangen, ihren Forderungen nachzukommen, verfolgt die gleiche Linie.

Auch der türkische Premier Erdogan ist sich der Möglichkeit bewusst, verlorenen imperialen Glanz der Türkei über den Problemen Ägyptens wieder auferstehen zu lassen. Er war der einzige Nahost-Staatschef neben den Iranern und der Hisbollah, der Mubarak direkt zum Machtverzicht aufforderte. Sein Standpunkt löste folgerichtig im ägyptischen Außenministerium einigen Zorn aus.

Der beschleunigte regionale Einflussrückgang Ägyptens als größte sunnitische arabische Macht zieht eine gesamtarabische Schwächung nach sich. Zeitlich in enger Folge zur Wende 2003 im zweitstärksten sunnitischen Staat, Irak, und mit dem sich abzeichnenden Zerfall arabischer Staatsordnung in Bahrain, Jemen und Libyen, könnten wir vor einer Wasserscheide stehen, deren geschichtliche Einordnung in Jahrhunderten und nicht in einem oder sogar mehreren Jahrzehnten zu messen wäre. Steht Ägypten, der größte Arabisch sprechende Staat, vor einer ungewissen Zukunft mit einem so gut wie sicheren Niedergang, könnte die Rückkehr der Araber in die Geschichte, die vor etwa sechs Jahrzehnten einsetzte, ihr Ende erreicht haben.

Außerhalb der arabischen Welt haben nur wenige erkannt, dass es sich bei der Machtübernahme in Ägypten 1952 durch Gamal Abdel Nasser und seinen Offizieren um den Wiedereintritt der Araber in die Geschichte seit den Geburtsstunden des Islam handelte. Nach dem Sturz der Abbasiden im 13. Jahrhundert lebten die meisten Arabisch sprechenden Völker in Nahost unter der Fremdherrschaft von Osmanen, Persern, türkischstämmigen Führungsschichten und, für kürzere Zeit, Franzosen, Briten, Italienern (in Libyen) und Spaniern. Der wahrscheinliche „Absturz Ägyptens“ in einen Bürgerkrieg könnte mehr als ein Abfall vom Westen sein. Noch einschneidender, könnte er sich als Rückfall für die Araber erweisen, die mit Abdel Nasser wieder in die Geschichte eintraten, um jetzt wieder an deren Rand abgedrängt zu werden.

Paradoxerweise bietet sich Ägypten und den Arabern ein potenzieller Verbündeter an, mit dem solche altneuen imperialen Herrschaftsansprüche über die arabische Welt auszugleichen wären – der jüdische Staat Israel. Israel hätte für die Araber den Vorteil, ein starker Staat zu sein, der mit jedoch nur sieben Millionen Einwohnern keine eigentliche Gefahr für die arabische Vorherrschaft in der Region darstellt. Israel würde es nicht nach Erneuerung imperialer Herrschaft über die Araber verlangen, es hat kein fanatisch revolutionäres, religiöses Herrschaftssystem, das es den Arabisch sprechenden Völkern aufzwin-

gen will. Im Gegensatz zum schiitisch revolutionären Iran wünscht es sich auch keine Machtverlagerung zwischen Sunniten und Schiiten.

Die Führungen der gemäßigten arabischen Staaten haben angesichts der iranischen Bedrohung schon vor langem die Vorteile stillschweigender Zusammenarbeit mit Israel klug erkannt. Werden die Demonstranten auf dem Meydan Tachrir, dem Platz der Befreiung, die Vorteile einer Zusammenarbeit mit Israel erkennen, wie vor ihnen die wohl bald alle vertriebenen gemäßigten Staatsführungen? Noch weiter hergeholt: Besteht auch nur die geringste Aussicht, dass die Muslimbruderschaft, die seit langem die Araber in ihre historische Vorreiterrolle für den Islam zurückführen will, sich für die Neubetrachtung eines jüdischen Staates in ihrer Mitte öffnen könnte? Gerade angesichts eines bevorstehenden Niedergangs der Araber, der dem drohenden Abrutschen Ägyptens in ein Chaos folgen würde?

Was USA und EU tun sollten

Ägyptens Zukunft ist entscheidend für die Interessen der USA. So zaudern und überfordert die USA auch sein mögen, sie können die Krise in Ägypten, einem großer Staat von strategischer Bedeutung, nicht einfach aussitzen. Dasselbe sollte für die EU gelten.

Das Schlüsselinteresse der USA und ihrer demokratischen Verbündeten sollte die Vermeidung eines Bürgerkriegs durch Unterstützung des Militärs sein. Dies wäre dessen natürliche Aufgabe, zusammen mit einer gemessenen und überschaubaren Demokratisierung. Dabei stellte sich die Frage, ob die USA und andere äußere Mächte den Lauf der Ereignisse beeinflussen können?

In dieser Situation läge es durchaus im Interesse von USA und EU, keinen Druck auf eine verfrühte Abhaltung von Wahlen hin auszuüben. USA und EU könnten auch versuchen, die liberalen Kräfte zu beeinflussen, um Einigungsmaßnahmen zur Bildung einer oder auch zwei größerer Parteien zu erreichen und deren Aufsplitterung zu verhindern.

Die EU könnte die neuen Führungspersönlichkeiten unter den Demonstranten aus-

machen und zu Schnellkursen für Parteienbildung und zum Erlernen neuester Wahlkampfmethoden durch Spitzenexperten und Spitzenpolitiker einladen. Die Organisierung von Demonstrationen führt nicht unbedingt auch zur Bildung starker politischer Parteien. EU-Mitgliedsstaaten sollten sich auch nicht scheuen, ihre Sicherheitsdienste in die Ausbildung möglicher Kandidaten einzubringen, die Techniken zur Deeskalation bei Einschüchterungsversuchen durch Islamisten im Wahlkampf beibringen können.

Die USA haben gute Beziehungen zur ägyptischen Wirtschaft wie zum Militär. Was wichtig ist, angesichts der enormen Spannungen zwischen der Mehrheit der Unternehmer, die im kapitalistischen Wettbewerb stehen, und die sich an der umfassenden Geschäftseinmischung und Übervorteilung durch das Militär wundreiben. Diese Spannungen, die schon unter Mubarak Ende der 1990-er Jahre von den wichtigen Medien thematisiert worden sind, könnten jetzt wieder in den Vordergrund treten und eine mögliche Koalition schwächen, die das Gegengewicht zur Muslimbruderschaft bilden könnte.

Sollte Ägypten in einem Bürgerkrieg versinken, könnten die Beteiligten leicht ausländische Kräfte zu ihrer Finanzierung finden. Iran kündigte bereits Unterstützung für die Demonstranten an, soll heißen für die Muslimbrüder. Eine solche Politik würde die Unterstützung für die Hisbollah im Libanon und die Hamas im Gazastreifen ergänzen und von derselben destabilisierenden Wirkung auf die arabische Staatsordnung sein. Die USA würden Liberale und das Militär unterstützen.

Eine mögliche und noch wichtigere Folge eines solchen Abrutschens ins Chaos wäre aus Sicht der Islamischen Republik das wohl größte Gottesgeschenk seit ihrer eigenen Gründung und bestünde in der Möglichkeit, dass die ölreichen arabischen Golfstaaten auf den iranischen Zug aufspringen. Danach könnten die Iraner diese Ölstaaten nötigen, eine Wiederaufrüstung Ägyptens zum Krieg gegen Israel zu finanzieren. Eine Ausgabe, die der Iran unmöglich allein tragen könnte. Daher sollte eine Behandlung der ägypti-

schen Krise ein festeres und entschlosseneres Auftreten gegen die Nuklearabsichten Irans wie auch eine stärkere Militärpräsenz in der Region erfordern.

Jerusalem und die ägyptische Krise

Israelische Vorbehalte angesichts der ägyptischen Krise gruppieren sich zu drei Themen, eines bedrohlicher als das andere. Von sofortiger Wirkung wäre die Befürchtung, dass die terroristische Schlagkraft der Hamas und ihrer Verbündeten im Gazastreifen durch das Chaos im nördlichen Sinai starken Auftrieb erhält. Während der Demonstrationen dort überwältigten die Beduinen in El Arish und andernorts die Polizeikräfte und machten deren Einrichtungen dem Erdboden gleich. Bei diesen Angriffen setzten sie Schulterraketen und andere schwere Waffen ein. Es ist anzunehmen, dass, ohne eine prowestliche Regierung in Kairo, der Sinai zu einer Schnellstraße für Munitions- und Waffennachschub wird. Mit Ausbildungslagern, in denen die As-a-Din-al-Kassam-Mitglieder der Hamas zusammen mit Hisbollah und sogar iranischen Ausbildern Lehrgänge abhalten.

Um mit dieser Lage fertig zu werden, erlaubte Israel bereits zwei Bataillonen der ägyptischen Armee, in die entmilitarisierten Teile des Sinai vorzurücken. Aber auch wenn prowestliches Militär die Kontrolle in dieser Region behalten sollte, müsste Israel immer noch beträchtliche Streitkräfte in seine Südgrenze verlegen. Käme es hingegen zu einer Machtübernahme durch Islamisten, könnten Hunderte Hamas-Kämpfer direkt vom Kairoer Flughafen aus zur Ausbildung nach Teheran fliegen.

Der nächste Punkt ist die Sorge, dass eine feindliche ägyptische Regierung weit gehende Veränderungen im ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vornehmen könnte. Israels Südflanke wäre dann wieder die strategische Hauptfront, was von

weitreichender wirtschaftlichen und sozialen Tragweite wäre. So könnte der Reservedienst wieder einen Umfang erreichen wie in den ersten 30 Jahren nach der Staatsgründung Israels.

Nicht weniger einschüchternd wäre dann die Ausbreitung der Instabilität. Jordanien, das mit Israel eine lange und ausgezeichnete Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen unterhält, wäre in diesem Zusammenhang besonders entscheidend. Der Sturz des haschemitischen Regimes, zusammen mit einer Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft in Ägypten, würde Israel in eine Lage zurückwerfen, wie sie vor dem Sechstage-Krieg bestand. Israel wäre wieder eine einsame Festung, bis letztlich doch noch Demokratie in dieser Region Wurzeln schlagen könnte.

Könnte Israel bis zum Anbruch solch schöner Zeiten durchhalten? Wahrscheinlich ja. Israel war immer ein Staat, der in feindlicher Umgebung aufblühte und so bleibt anzunehmen, dass er sich auch in dieser Runde allen wichtigen Herausforderungen stellen kann.

Prof. Hillel Frisch ist am Begin-Sadat Zentrum für Strategische Studien der Bar-Ilan Universität in Ramat Gan tätig und beschäftigt sich besonders mit den Entwicklungen im Nahen Osten und der Arabischen Welt.

Guten Morgen, neues Ägypten

von Prof. Yoram Meital

Der Sturz von Präsident Husni Mubarak schlägt nicht nur ein neues Blatt in den Annalen Ägyptens auf, sondern ein vollständig neues Kapitel mit einschneidenden Veränderungen für Herrschaftsstrukturen und Politik. Angesichts der zentralen Stellung Ägyptens in der Region wird dies von Einfluss auf andere Gesellschaftssysteme und Regime in Nahost sein. Ein Bilanzieren aller Möglichkeiten (erfolgreicher Übergang in ein pluralistisches System auf Grundlage demokratischer Werte) und der Gefahren (militärisches oder theokratisches System) sollte im Zusammenhang mit den Entwicklungen auf dem politischen Schauplatz Ägypten stattfinden und sich nicht von Angstgefühlen und Drohvorgstellungen leiten lassen. Eine solche Abwägung führt mich zu einer Schlussfolgerung, die ich als „vorsichtigen Optimismus“ umschreiben würde. Die Revolution vom 25. Januar bringt Ägypten an einen guten Startplatz auf dem Weg in einen zivilbürgerlichen Staat, der auf demokratischen Grundwerten errichtet wird, auch wenn Regierungsführung und Gesellschaft sich dabei vor vielen und schweren Herausforderungen stehen - in der Übergangsphase und vor allem danach.

Besonderheiten der Übergangsphase und ihrer Herausforderungen

Mit dem Sturz Mubaraks gelangte Ägypten in eine Übergangsphase, die in einigen Monaten mit der Aufstellung einer zivilen Führung durch freie und offene Wahl eines Präsidenten und eines Parlamentes enden soll. Die umfassende Verantwortung für die Staatsgeschäfte liegt in dieser Zeit beim Hohen Rat der Streitkräfte (Supreme Council of Armed Forces, SCAF), zusammengesetzt aus den Führungsstäben der ägyptischen Armee, der im Zuge des Aufstandes und von Mubaraks Rücktritt eine entscheidende Rolle einnimmt. Die Armee wird auch nach der Übergangsphase ein einflussreicher Faktor in der Entwicklung Ägyptens und seiner Politik bleiben.

Die Revolution vom 25. Januar hat die Karten im öffentlichen Raum insgesamt und in der politischen Arena im Besonderen neu gemischt. Ein neuer Wind weht durch Ägyptens öffentlichen Raum, seine Bürger zeigen wieder Interesse am politischen Geschehen. Das Vakuum, das infolge des Herrschaftsverlustes der Regierungspartei entstanden ist, füllt sich langsam mit altbekannten, vor allem aber mit neuen politischen Organisationen. Die Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger sozialer wie politischer Faktor und eine Adresse für Befürworter eines religiös geprägten und konservativen Alltags. Sie verlor jedoch ihre Stellung als einzige Alternative zum Regime. Wenn sie bei Parlamentswahlen erstmals als Partei antritt, werden ihre Rivalen nicht mehr korrupte und unpopuläre Funktionäre sein sondern die Vertreter jener Parteien, die den Aufstand anführten. Vor allem haben dabei jene neuen politischen Organisationen Aufmerksamkeit verdient, die als die so genannte „junge Generation“ wahrgenommen werden und denen über die Hälfte der Bevölkerung angehören. Sie treten für die Errichtung eines zivilen und demokratischen Wohlfahrtsstaates ein.

In dieser politischen Realität braucht ein Kandidat für die Präsidentschaftswahl die Unterstützung von mehr als nur einer Partei oder Organisation. Zurzeit fallen vor allem die Kandidaturen von Mohamed Al-Baradei, der schon vor etwa einem Jahr sein Interesse an einer Kandidatur ankündigte, und von Amr Mussa, dem Generalsekretär der Arabischen Liga, auf.

Bereits jetzt kann der ägyptische Aufstand wichtige Erfolge für sich verzeichnen, doch ist es noch ein langer Weg bis zum eigentlichen Ziel: Die Errichtung einer zivilen Herrschaft auf demokratischer Grundlage. Die Gruppen, die den Aufstand auf ihren Schultern trugen, formulierten vor allem zwei Leitsprüche: „Das Volk fordert den Sturz des Präsidenten“ und „Das Volk fordert den Sturz des Regimes“. Nach 18 Tagen schweren Kampfes stürzte der Präsident. Der Sturz des Regimes, also der Übergang von einem autoritä-

ren zu einem demokratischen System, ist hingegen noch eine lange und beschwerdevolle Reise. Eine Verfassungsänderung und freie Wahlen sind wichtige Stationen auf dieser Route, aber bei Weitem nicht die einzigen.

Der Dialog zwischen dem SCAF und den zivilgesellschaftlichen Kräften ist vom positiven Image der Armee und von Misstrauen gegenüber deren Führungsstab gekennzeichnet. Kennt doch noch niemand dessen „Straßenkarte“, mit der er Ägypten durch die kritische Übergangsphase steuern will. Misstrauen, dass nicht zerstreut werden konnte, auch nicht durch verschiedene Erklärungen von Armeesprechern, die eine Übergabe der Herrschaft an eine zivile Führung ankündigten, die in freien und offenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gewählt werden soll. Die Massendemonstrationen, die weiter (vor allem freitags) stattfinden, sollen dem SCFA eine wichtige Botschaft ausrichten: Die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die die Januar-Revolution durchführten, bleiben fest entschlossen, ihre Ziele durchzusetzen. Den Weg zum Meydan Tahrir, dem Platz der Befreiung, kennen sie schon auswendig.

Zurzeit sieht es so aus, dass die Armeeführung sich dieser Botschaft bewusst ist und entsprechend den eingegangenen Verpflichtung vorgeht. Unter ihrem Patronat entstand ein Ausschuss, der innerhalb von zwei Wochen bedeutsame Reformen von Verfassungsparagraphen, die für freie und offene Wahlen maßgeblich sind und die Vollmachten von Präsident und Parlament regeln, angeregt hat. Außerdem wurde die Regierung Ahmed Shafiks (die von Mubarak ernannt worden war) dazu gezwungen, abzutreten (3. März 2011). Weite Teile der ägyptischen Öffentlichkeit fordern darüber hinaus vom SCAF weitergehende Schritte und vor allem: Die Auflösung der Regierung Achmed Shafiks (der noch von Mubarak ernannt wurde) sowie die Abschaffung des Notstandsrechts, das seit über 30 Jahren in Ägypten gilt und das spürbarste Merkmal des autoritären Regimes war.

Mögliche Auswirkungen auf die Beziehungen Ägypten-Israel

In Israel wurde der Abgang Mubaraks mit Bestürzung und gemischten Gefühlen aufgenommen, die sich in Stellungnahmen von Entscheidungsträgern und im öffentlichen Diskurs äußerten. Zu Beginn der Krise nahm Israel eine zurückhaltende Stellung ein und seine Vertreter äußerten sich kaum zu den Entwicklungen in Ägypten. Hinter den Kulissen aber breitete sich tiefe Sorge aus, die in einer Botschaft Israels vom 29.1. 2011 an die USA und die EU-Staaten zum Ausdruck kam. Diese wurden dazu aufgefordert, sich mit öffentlicher Kritik an Mubarak zurückzuhalten, da sonst die Erschütterung seiner Herrschaft zu befürchten sei. Die Art und Weise, wie die Obama-Regierung mit der Krise umging, wurde in Israel als Fallenlassen eines wichtigen Verbündeten und als verantwortungslose Politik aufgefasst.

Im politischen Establishment und im Sicherheitsestablishment kam es zu fieberhaften Debatten über die Einschätzung der Entwicklungen in Ägypten und deren Auswirkungen auf Israel, in erster Linie für Sicherheit und Politik. Die Regierung erteilte den Auftrag, den Bau des Sicherheitszauns entlang der Grenze zu Ägypten, der schon einige Monate zuvor begonnen hatte, zu beschleunigen, um das Eindringen von Flüchtlingen, Wirtschafts-Asylanten und Rauschgiftschmugglern zu verhindern.

Verteidigungsminister Ehud Barak erklärte, die Entwicklungen in Ägypten führten zu keinen unmittelbaren Konsequenzen, Israel verfolge sie aber weiter aufmerksam. Auf dem Höhepunkt des Aufstandes in Ägypten kam es zur Ablösung des Generalstabschefs der israelischen Streitkräfte (Israel Defense Forces, IDF). Erklärungen anlässlich des Zeremoniells war zu entnehmen, dass die Armee eine Neuausrichtung des nationalen Sicherheitskonzepts fordert. Militäranalysten erwarten eine starke Aufstockung der regulären Streitkräfte sowie eine breiter gefächerte Stationierung dieser Kräfte, zusammen mit einer beträchtlichen Aufstockung des Sicherheitsbudgets.

Die öffentliche Debatte in Israel über den Aufstand in Ägypten war vor allem von der Sorge um eine Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft und möglichen Schaden für den Friedensvertrag geprägt. Der Militärkommentator des Zweiten Fernsehkanals stellte am 5.2.2011 entschieden fest: „Das Drohszenario aus israelischer Sicht sind die Muslimbrüder, sie stehen im Zentrum aller israelischen Befürchtungen.“ Und Sever Plotzker, einer der angesehensten Kolumnisten Israels, stellte klar: „Wir fürchten uns vor einer Demokratie als Übergangsstufe in eine neue Diktatur, die vom fanatischen Islam getragen wird.“ Auch Shaul Mofaz (Kadima), Vorsitzender des Knesset-Ausschusses für Auswärtiges und Sicherheit, zeigte sich besorgt und befürchtet ein mögliches Bündnis zwischen dem Iran und der ägyptischen Muslimbruderschaft.

Nur wenige betrachten die Entwicklungen in Ägypten außerhalb dieses sicherheitszentrierten Blickwinkels. Auf diese Weise versäumten die Bürger „der einzigen Demokratie im Nahen Osten“ die Gelegenheit, die positiven Seiten des heroischen Kampf der ägyptischen Zivilgesellschaft zum Sturz des autoritären Systems zu betonen.

Die Frage nach den Auswirkungen von Veränderungen in Ägypten auf die Politik in zentralen Themenbereichen, darunter der Friede mit Israel, sollte mit Blick auf zwei Stufen geprüft werden: Die Übergangsphase wird einerseits von schnellen Veränderungen geprägt sein, im politischen wie im öffentlichen Bereich, andererseits von außenpolitischer, sicherheits-politischer und wirtschaftspolitischer Kontinuität. Die strategische Zusammenarbeit Kairo mit Washington und die Verpflichtung zum Frieden mit Israel werden fortgesetzt. Damit zusammenhängend wird auch die großzügige US-Hilfe an Israel und Ägypten weiter fließen. Seit Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Israel erhielt Ägypten ca. 50 Milliarden Euro an US-Hilfszahlungen (über 30 Milliarden davon militärische Hilfe, der Rest zivile).

Die Armeeführung erklärte bereits mehrfach, dass Ägypten seine internationalen Verpflichtungen einhält und sendete somit ein wichtiges und eindeutiges Signal für den Frieden mit Israel, für die strategische Zusammenarbeit mit den USA und für viele weitere Abkommen Ägyptens mit zahlreichen anderen Staaten. Mehr als das: Sprecher anderer Gruppen und Parteien, die die Revolution vom 25. Januar durchführten, veröffentlichten ähnliche Erklärungen.

Hier wäre es angebracht, sich an Ängste um den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag nach früheren dramatischen Vorfällen zu erinnern: Das Attentat auf Präsident Anwar al-Sadat, die beiden Libanon-Kriege, der Zusammenbruch des Oslo-Prozesses und immer wieder nach den zahllosen Zusammenstößen zwischen Israelis und Palästinensern.

Beim Übergang in die Dauerphase, also bei der Übergabe der Herrschaftszügel in die Hände einer gewählten zivilen Führung, wird es zu wichtigen politischen Veränderungen in der ägyptischen Politik gegenüber Israel und in der palästinensischen Arena kommen. Neben der Einhaltung von Friedensverpflichtungen, vor allem der militärischen Entflechtung im Sinai und der freien Durchfahrt israelischer Schiffe im Suez-Kanal, wird eine gewählte Führung der in Ägypten verbreiteten Kritik an Israel und vor allem seiner Palästinapolitik schärferen Ausdruck verleihen. Dies kann die Beziehungen beider Länder beeinflussen.

Auch das Ägypten unter Mubarak hat immer wieder die Zusammenarbeit mit Israel torpediert, der Verkauf von Rohöl, in letzter Zeit auch von Gas, war davon aber ausgenommen. Ägypten führte eine internationale Kampagne zur Aufdeckung von Israels nuklearen Fähigkeiten durch, um damit Druck auf Israel auszuüben, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Eine gewählte ägyptische Regierung wird diese Richtung weiter verfolgen und könnte, meiner Einschätzung nach, Veränderungen der Gaslieferungsverträge oder sogar deren Annullierung fordern. Die ägyptische Diplomatie wird große internationale Bemühungen einbringen, eine weltweite Verurteilung der

israelischen Siedlungspolitik herbeizuführen und die Verantwortung für die Nichterneuerung der politischen Verhandlungen mit den Palästinensern Israel anzulasten.

Die Lage im Gazastreifen und Ägyptens Politik gegenüber der Hamas haben das Potenzial, die Beziehungen Israels mit Ägypten in eine schwere Krise zu führen. Wie auch Israel widersetzte sich das Mubarak-Regime einer Festigung der Hamas-Herrschaft im Gazastreifen. Ägypten setzte sich für die Unterbindung des Waffenschmuggels aus dem Sinai ein, lehnte die Öffnung des Grenzübergangs bei Rafah unter den gegebenen Umständen ab und unterstützte politisch die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in ihrem Kampf gegen die Hamas. Mit dieser Politik ergänzte Ägypten die israelische Blockade des Gazastreifens. Nur wenige Tage nach Mubaraks Absetzung kam es zu ersten Anzeichen einer Veränderung dieser ägyptischen Position. Ägypten verkündigte die teilweise Öffnung des Grenzübergangs und die Annahme liegt nah, dass eine gewählte ägyptische Regierung eine geregelte Öffnung befürworten wird. Dies wird die Blockade, die Israel über 1,5 Millionen Menschen im Gazastreifen verhängt hat, erschweren. Eine schwere bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas, wie in der Aktion „Gegossenes Blei“, könnte die Beziehungen Israel-Ägypten in eine beispiellose Krise absinken lassen.

Ägyptens Aufgabe in Nahost

2011 zeichnet sich als wichtiger Wendepunkt in der modernen Geschichte der arabischen Völker ab. Der Funke entzündete sich in Tunesien. Aber die Ereignisse in Ägypten werden auf die Entwicklungen im Nahen Osten einen weit größeren Einfluss haben. Schon jetzt formuliert der ägyptische Aufstand die neue politische Sprache der Region, und es ist kein Zufall, dass die zentrale Forderung der Revolution vom 25. Januar - „Das Volk will den Sturz des Regimes“ - und die in ihr entwickelten Demonstrationstechniken dem gesamten Nahen Osten als Vorbild dienen.

Die Revolution am Nil führte zu einer gesamtarabischen Debatte über Ägyptens Führungsrolle in der arabischen Welt. Während viele politische Stimmen keine grundlegenden Änderungen der Regionalpolitik Ägyptens ankündigen, gibt es auch einige politische Kräfte, die dazu aufrufen, politische Grundpositionen des Mubarak-Regimes aufzugeben. Allen voran: Die besonderen Beziehungen zu den USA und die Einhaltung der Abkommen mit Israel. Sie gehen davon aus, dass eine solche Politik Ägypten wieder zur Führungsmacht der arabischen Welt machen würde, und die Revolution vom 25. Januar für die arabischen Völker zum Modell einer Befreiung von autoritären Regimes, die vom Westen unterstützt werden, machen könnte.

Diese Rufe ignorieren aber die Tatsache, dass die Revolution von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende in ägyptischen und nicht in arabischen Farben bemalt war und noch weniger im Grün des radikalen Islam. Eine gewählte ägyptische Regierung wird sich für die Stärkung der Beziehungen zur arabischen Welt einsetzen, ihre Prioritäten werden sich aber nach innenpolitischen Themen richten. Vorneweg das wirtschaftliche Elend, der Kampf gegen die Korruption und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Die Fortsetzung der ägyptischen Verpflichtung zur strategischen Zusammenarbeit mit den USA und dem Friedensvertrag mit Israel wird Kairos Beziehungen mit Iran und Hisbollah beeinflussen. Ägypten wird seinen Widerstand gegen das iranische Nuklearprojekt und die iranische Einmischung im Libanon mithilfe Hisbollahs aufrecht erhalten. Ägypten wird auch seinen Widerstand gegen jedes Anzeichen einer Einmischung Irans oder Hisbollahs im Gazastreifen verstärken.

Der politische Prozess zwischen Israel und den Palästinensern

Eine Erneuerung der politischen Verhandlungen zwischen Israel und Palästinensern zeichnet sich nicht ab. Die Regierung Netanjahu arbeitet mit verschiedenen Mitteln daran, die Möglichkeiten einer Fortführung des Dialogs mit der PA zu un-

tergraben, selbst zum Preis eines Konflikts mit der Obama-Regierung. Der Premier und eine Mehrheit seiner Minister gehen angesichts der dramatischen Umwälzungen in den arabischen Staaten davon aus, dass dies der Beginn einer instabilen Periode im Nahen Osten ist, die sich über Jahre hinziehen kann. Unter diesen Umständen gibt es keinen Platz für politische Verhandlungen, da diese eine hohe Risikobereitschaft voraussetzen. Netanyahus Rede vor der Knesset am 2.2.2011 gibt diese Positionen deutlich hörbar wider.

Einen Monat später begann er unter wachsender Kritik aus dem In- und Ausland über die Notwendigkeit zu sprechen, eine neue Friedensinitiative zu starten, um den Stillstand im Friedensprozess mit den Palästinensern aufzuheben. Netanyahu scheint erkannt zu haben, dass die Abwarte-Methode letztendlich seiner Regierung schaden wird, konkret hat er aber wenig anzubieten. Seine Bemühungen Zeit zu schinden und Kritik zu entschärfen können kein Ersatz für einen ernsthaften Politikwechsel in Israel sein.

In der PA verstärken sich Stimmen, die die Übernahme neuer Spielregeln im Dialog mit Israel und den USA fordern. In dieser Lage kann sich Ägypten für eine Beilegung des innerpalästinensischen Konflikts zwischen Hamas und Fatah einsetzen, die palästinensischen Forderungen im politischen Verhandlungsprozess unterstützen und Israel die Verantwortung für dessen andauernde Unbeweglichkeit aufbinden.

Die USA und ihre Nahostpolitik infolge des Umsturzes in Ägypten

Die USA stellten sich an die Spitze des Lagers, das die Erfolge der Zivilgesellschaft in Ägypten begrüßte und die Rolle der ägyptischen Armee begrüßte. Die Obama-Regierung und die SCAF in Ägypten unterhalten intensive Kontakte. Es ist möglich, dass beide Seiten bereits jetzt Möglichkeiten zur Überweisung von Sonderhilfe zur Behebung der Schäden prüfen, die der ägyptischen Wirtschaft im Laufe des Aufstands entstanden sind, vielleicht sogar zur Ausweitung der zivilen US-Hilfe, deren jährliche Zuwendungen, die 1988

noch etwa 850 Mio. Dollar betragen, im vergangenen Jahr auf weniger als 200 Mio. Dollar gekürzt wurden. Der Umfang der militärischen Hilfe in jährlicher Höhe von 1,3 Mrd. Dollar blieb dabei unverändert.

Trotzdem bleibt eine der kompliziertesten Herausforderungen, mit denen die USA sich auseinandersetzen müssen, ihr negatives Image in der arabischen öffentlichen Meinung, auch in Ägypten. Weite Teile der arabischen Öffentlichkeit machen die USA verantwortlich für das Chaos und die Spaltung, die durch die Besetzung des Irak und der politischen US-Einmischung im Rahmen der dortigen Demokratisierungsversuche entstanden. US-Regierungen und westliche Regierungen unterstützten autoritäre arabische Regime, darunter auch das Mubarak-Regime, die aggressiv ihre inneren Gegner unterdrückten und echte politische Reformen unterbanden.

Die Bush-Regierung stand mit ihren Reformforderungen vor den Wahlen 2005 fast am Rand einer Krise mit dem Mubarak-Regime. Doch wie vereinfachend diese Forderungen letztlich zur Anwendung kamen, zeigte sich, als sie nach dem Sieg der Muslimbruderschaft in den ersten beiden Wahlgängen fallengelassen wurden.

Präsident Obama trat häufig für eine Verpflichtung seiner Regierung zur Durchführung von Reformen durch die arabischen Regime ein. In seiner Kairo-Rede 2009 rief er zur Demokratisierung Ägyptens auf. Als aber die Wahlergebnisse in den jüngsten ägyptischen Parlamentswahlen gefälscht wurden, beließen es seine Regierungssprecher bei Äußerungen allgemeinen Bedauerns.

Die weit gehenden Veränderungen, die sich in den arabischen Staaten abzeichnen, erfordern weltweit von Staaten wie auch von internationalen Organisationen eine Neuausrichtung ihrer Nahostpolitik. Die politischen Entscheidungsträger täten gut daran, nicht in Schubladenkategorien zu denken, denn der Nahe Osten des 21.

Jahrhunderts wird völlig anders aussehen als der des vorigen Jahrhunderts.

Prof. Yoram Meital ist Direktor des Chaim-Herzog-Zentrums für Nahoststudien und Diplomatie an der Ben Gurion Universität des Negev

Verantwortlich:

*Dr. Ralf Hexel,
Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel*

Autoren:

*Prof. Hillel Frisch
Prof. Yoram Meital*

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il